Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Postverlagsort: Bocholt.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.

Postversandort: Dortmund.

Nummer 11 | Dienstag, den 12. Januar 1932 | Jahrgang 1932

Tagesfragen.

Am Parteiismus gescheitert. Wenn man in der Sprache des Jungdeutschen Ordens, um den es inzwischen sehr still geworden ist, den Grund für das Scheitern der Aktion der Reichsregierung um die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten wiedergeben will, so müßte man sagen: Die Aktion ist am deutschen Parteiismus gescheitert. In diesem Fall hat das von Mahraun beliebte Wort Berechtigung. Denn wie wenig bei der Ablehnung des Vorschlags des Reichskanzlers in Wirklichkeit verfassungsrechtliche Bedenken mitgesprochen haben, wie sehr es aber um das Parteiinteresse gegangen ist, das wird ja von deutschnationaler Seite offen zugegeben. Hitler scheint, wenigstens soweit man bisher aus verschiedenen Aeußerungen die Entwicklung übersehen kann, die Neigung besessen zu haben, den Vorschlag des Reichskanzlers positiv zu beantworten, aber Hugenberg lehnte kategorisch ab. „Um Gottes willen," so muß dieser jeder Großzügigkeit bare Führer der Deutschnationalen erklärt haben, „das wäre ja ein Erfolg Brünings, wenn wir der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch verfassungsänderndes Reichsgesetz zustimmen würden, das wäre ja sozusagen eine Vertrauenskundgebung für den Kanzler, der da gerade noch ganz in unserem Sinne erklärt hat, daß eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen unmöglich sei!" Wo kämen wir auch in Deutschland hin, wenn die Opposition, die sich national nennt, in einer der nationalsten Fragen, die es gibt, und in einem Augenblick von ungeheuer außenpolitischer Bedeutung, der alle Kräfte der Nation hinter die Regierung zwingt, einmal ihre Gegnerschaft zu dieser Regierung hintanstellte und ihr Unterstützung zuteil werden ließe! Welch ein Unglück wäre das für Deutschland! Was würden die Wähler der Harzburger Front dazu sagen! Nun, sie werden jetzt vermutlich keineswegs sämtlich ihren Herren und Meistern zustimmen. Sie werden im Gegenteil wohl erkannt haben, welche Stütze es für die deutsche Außenpolitik in Lausanne bedeutet haben würde, wenn vorher der Welt gezeigt worden wäre, daß das deutsche Volk in seiner Not den Streit der Parteien vergessen kann. Aber es hat nicht sollen sein. Der Reichstag, der schon so manches verfassungsändernde Gesetz beschlossen hat, durfte jetzt auf einmal, wo es sich um den besten deutschen Mann handelte, keine Verfassungsänderung vornehmen. Wie uns aus Berlin gemeldet wird, soll mit Sicherheit darauf zu rechnen sein, daß in dem Schreiben Hitlers die Möglichkeit der Volkswahl berührt wird, sodaß damit ein direkter Anknüpfungspunkt zu weiteren Verhandlungen in dieser Richtung hin gegeben sein dürfte. Hierbei käme es aber doch wohl darauf an, ob Hindenburg bereit ist, sich auch für eine Wahl durch das Volk erneut zur Verfügung zu stellen. Ob das Eingreifen des Staatssekretärs des Reichspräsidenten Meißner in die Verhandlungen diese Möglichkeit offen gelassen hat, darüber liegt noch keine zuverlässige Information vor, es sei denn, daß man die sehr befriedigt klingenden Aeußerungen der nationalsozialistischen Führer über ihre gestrige anderthalbstündige Besprechung mit Meißner in diesem Sinne auslegt. Daß Hindenburg, wenn er sich für eine Wahl durch das Volk erneut zur Verfügung stellt, die volle Unterstützung des Zentrums finden wird, halten wir für selbstverständlich. Wir glauben auch nicht, daß die Sozialdemokratie sich zur Aufstellung eines Gegenkandidaten entschließen wird, obzwar die Situation für sie dann bei ihrer Wählerschaft nicht ganz einfach liegen dürfte. Jedenfalls würde an einer gewaltigen Mehrheit für Hindenburg im ersten Wahlgange nicht zu zweifeln sein.

*

Die Vertretung der deutschen Nation. Eine Erklärung, die gestern die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP zu den Verhandlungen um die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg herausgegeben hat, enthält folgenden Satz: „Die endgültige Entscheidung, die noch nicht festliegt, wird ausschließlich bestimmt von den Rücksichten auf die Lebensinteressen der durch die nationalsozialistische Bewegung vertretenen deutschen Nation einerseits und die Würde und das Ansehen des Herrn Reichspräsidenten andererseits." In den von uns gesperrt wieder gegebenen Worten liegt eine Anmaßung, die man auch dann zurückweisen muß, wenn Hitler, wie es der Fall zu sein scheint, sich in den Verhandlungen um die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs entgegenkommender gezeigt hat als Hugenberg, der ja als ein sehr sturer Herr bekannt ist. Wie wenig es zutrifft, daß die deutsche Nation durch die nationalsozialistische Bewegung vertreten wird, wie wenig mit anderen Worten diese Bewegung berechtigt ist, von sich zu behaupten, daß die Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihr stände, haben nach den Wahlen in Hessen wiederum die Gemeindewahlen im Freistaat Lippe bewiesen, obwohl in den ihnen vorausgegangenen Wahlkampf Hitler selber durch eine große Rede eingegriffen hatte und es sich hier um ein Gebiet handelt, in dem es nur ganz wenige Wähler des Zentrums gibt, der Partei, die allein von allen Parteien der Mitte sich der nationalsozialistischen Konjunkturwelle gegenüber bisher als ein Granitfels im Meer erwiesen hat. Bei den Wahlen für die lippischen Stadtparlamente und Kreistage wurden, die Ergebnisse aus den kleinen Gemeinden miteingerechnet, insgesamt folgende Stimmen abgegeben:

Nationalsozialisten	26 787
Deutschnationale	8 528
Sozialdemokraten	24 366
Kommunisten	10 322
Splitterparteien (D. Vp., Staatsp. usw.)	17 800

Das sind alles zusammen 87 803 Stimmen, von denen also nicht einmal ein Drittel auf die Nationalsozialisten entfallen, an sich auch so ein beachtlicher Erfolg für Hitler, aber doch nur ein Erfolg, der der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage und verzweifelten Stimmung breiter Schichten des Bürger- und Bauerntums zu danken ist, und kein Erfolg, der die Großrederei berechtigt erscheinen lassen könnte, die in dem eingangs zitierten Satze zum Ausdruck kommt. Auch wenn man die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammenzählt, so stehen doch ihren 35 000 Stimmen 42 000 Stimmen der bürgerlichen Mitte und der Sozialdemokraten gegenüber. Mit dieser Feststellung wollen wir natürlich nicht die großen Verluste verdecken, die wiederum die Parteien der bürgerlichen Mitte und die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen erlitten haben. Es kommt uns, da ja die Nationalsozialisten einen Erfolg selbst bei der kleinsten Dorfgemeindewahl in ihren Zeitungen mit Fettdruck festhalten, an Hand der lippischen Wahlziffern nur darauf an, wieder einmal zu beweisen, daß auch sie, wenn man sie als Ausdruck der Volksstimmung gelten lassen will, bestätigen, daß hinter den Parteien, die nicht den Kurs Hitlers und Hugenbergs mitmachen, doch noch erheblich mehr Wähler stehen als hinter der „nationalen Opposition". Allerdings haben diese Parteien in Lippe die Mehrheit, die sie einmal hatten, verloren, da nicht nur ein Teil der bürgerlichen Wähler zur NSDAP hinübergewechselt hat, sondern auch ein starker Prozentsatz der sozialdemokratischen Wähler zu den Kommunisten gegangen ist. Stellt man den beiden Rechtsparteien die beiden marxistischen Parteien gegenüber, so bleibt zwischen diesen beiden etwa gleich starken Gruppen nur eine Mitte, die halb so stark ist als jede von ihnen. Das ist natürlich eine sehr unerfreuliche Feststellung. Aber daß diese Gruppierung nicht von Dauer sein wird, ist sicher. Bei den lippischen Wahlen haben im übrigen die Nationalsozialisten noch um verschiedene Prozente schlechter abgeschnitten, als bei den hessischen Landtagswahlen. Wir legen an sich den Wahlen in Lippe keine große Bedeutung bei und würden auch diesen Kommentar zu ihnen nicht gegeben haben, wenn nicht gerade die Behauptung der Vertretung der deutschen Nation durch die nationalsozialistische Bewegung zu einer aktuellen Untersuchung gereizt hätte, um zu zeigen, was es mit der Berechtigung dieser Vertretung in Wirklichkeit auf sich hat.

Die Allgemeine Rundschau verboten. Die „Allgemeine Rundschau", die einst von Armin Causen gegründete hervorragende politische Wochenschrift, die vor einigen Jahren in den Verlag von Dr. Moenius und damit in das Lager eines Pazifismus übergegangen ist, der sich nicht sehr von dem Pazifismus des „Andern Deutschland" unterscheidet, diese ehemalige Zentrumszeitschrift, ist einem vierwöchigen Erscheinungsverbot anheimgefallen. Es ist veranlaßt worden durch einen Aufsatz „Bayern—Preußen—Frankreich", als dessen Verfasser ein „ehemaliger Diplomat", also wohl der in Paris lebende Professor Friedrich Wilhelm Foerster, zeichnet. In dem Artikel wird die Behauptung aufgestellt, Bayern habe in seinen Ueberlieferungen und Interessen mit Frankreich zehn Mal mehr gemeinsam als mit Preußen. Die Zeitschrift hat auch früher schon öfter unliebsames Aufsehen erregt, vor allem, als sie in der Frage des belgischen Franktireurkampfes sich allen deutschen Dokumenten zum Trotz auf den belgischen Standpunkt stellte. Wir nehmen von dem Verbot nur deshalb Notiz, weil die Zeitschrift heute gelegentlich immer noch wieder als dem Zentrum nahestehend hingestellt wird. Davon kann aber schon seit langen Jahren keine Rede mehr sein.

Amtszeit-Verlängerung Hindenburgs durch den Reichstag gescheitert.

Wiederwahl durch das Volk im Februar?

:: Berlin, 11. Februar.

Die Unterredung zwischen Hugenberg und Hitler über den Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Brüning, eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag vornehmen zu lassen, führte zu der gemeinsamen Ueberzeugung, daß diese Maßnahme aus verfassungsrechtlichen Bedenken abzulehnen sei. Es wurde daher beschlossen, eine gleichlautende Erklärung dem Reichskanzler zu übermitteln. Der Vorschlag, Hindenburg durch den Reichstag wählen zu lassen, ist damit gescheitert. Im Vordergrund der politischen Besprechungen steht nunmehr die Frage, ob es möglich ist, seine Wiederwahl durch das Volk vornehmen zu lassen.

Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten werden dem Reichskanzler getrennte Erklärungen übermitteln. Die Veröffentlichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers ist erst im Laufe des Dienstag vormittag zu erwarten. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß diese Briefe die Möglichkeit einer Volkswahl Hindenburgs auf breiter Basis nicht verschließen.

Mit der Ueberreichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers an den Reichskanzler dürfe die Aktion Brünings abgeschlossen sein. Irgendwelche weiteren amtlichen Schritte zur Klärung der Frage der Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk werden in unterrichteten Kreisen jedenfalls vorerst nicht erwartet, es sei denn, daß die Parteien untereinander hierüber Besprechung abhalten. Man nimmt an, daß erst etwa Anfang Februar von der zuständigen Stelle mit den Parteien darüber Fühlung genommen wird, ob es möglich ist, Hindenburg als gemeinsamen Kandidaten der Rechts- und Mittelparteien, möglicherweise auch der Sozialdemokratie wieder aufzustellen.

Für den genaueren Zeitpunkt hierfür dürfte die Frage von Bedeutung sein, wann der Reichstag wieder zusammentritt, da er dann u. a. die Frage zu erledigen haben wird, wann die verfassungsmäßige Neuwahl des Reichspräsidenten zu erfolgen hat. Die Neuwahl muß bis zum 5. Mai erfolgt sein. Ursprünglich war der 13. März für den ersten Wahlgang in Aussicht genommen. Es ist aber nicht möglich, daß dieser Termin nun auf einen früheren Tag angesetzt wird. Im Falle der Zustimmung Hindenburgs zu einer Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidaten wird vermutlich nur ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt werden und eine Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgang würde dann gesichert sein.

Der Reichskanzler dürfte wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages dem Reichspräsidenten Bericht über seine Verhandlungen erstatten.

Von deutschnationaler Seite wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß in der Annahme des Vorschlages Brünings, die Präsidentenwahl durch den Reichstag vornehmen zu lassen, zugleich eine Vertrauenskundgebung für den Kanzler zu sehen gewesen wäre. Zu einer solchen Vertrauenskundgebung für Brüning sei aber für die Deutschnationalen kein Anlaß gegeben. In voller Uebereinstimmung mit dem Stahlhelm halte man an dem Standpunkt fest, daß eine parlamentarische Lösung nicht eine Machtstärkung der Regierung, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der Machtbefugnisse des Reichstages herbeiführen würde.

*

Die Landvolkpartei zur Reichspräsidentenwahl.

)(Berlin, 11. Januar.

Die Reichstagsfraktion des Deutschen Landvolks hat folgenden Beschluß gefaßt: Die Verhandlungen der letzten Tage geben Anlaß zu der Sorge, daß die Person des Reichspräsidenten von Hindenburg in einem Augenblick, wo es gilt, zum Gegenstand parteipolitischen Streites werde. Das Deutsche Landvolk richtet deshalb an alle Parteien, die Deutschlands Stellung in seinem Kampf um Tributfreiheit stärken wollen, den dringenden Appell, schnellstens zu einer Einigung über eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg zu kommen. An den Herrn Reichspräsidenten richtet das deutsche Volk die Bitte, für den Fall einer solchen Einigung der Parteien dem Vaterlande ein weiteres Opfer zu bringen und sich für eine neue Volkswahl zur Verfügung zu stellen.

Die Welt über das deutsche Nein.

Zuversichtliche Beurteilung in Berlin.

× Berlin, 11. Januar.

An zuständiger Berliner Stelle stellt man fest, daß das Interview des Reichskanzlers, das, was festgestellt zu werden verdient, auf den Wunsch des englischen Botschafters Sir Horace Rumbold zurückzuführen ist,

abgesehen von Frankreich im allgemeinen mit Ruhe und im ganzen zustimmend aufgenommen worden ist.

Auch in Frankreich habe sich, so stellt man fest, die erste Erregung wieder gelegt. Die ursprünglich erwartete Drohung, daß Frankreich nicht zur Lausanner Konferenz erscheinen werde, ist nicht eingetreten. Bemerkenswert ist eine Havas-Erklärung, wonach sich zwar die französische Regierung die Stellungnahme vorbehält (die Entscheidung hierüber soll am Dienstag fallen), aber gleichzeitig festgestellt, daß Frankreich in Lausanne erscheinen werde. Auch die Pläne, das Haager Gericht in Anspruch zu nehmen, haben sich nicht verwirklicht. Wenn Havas davon spricht, daß man in Frankreich

der deutschen Zahlungsunfähigkeit mit einer Art Sondersteuer auf die deutsche Einfuhr ähnlich dem in England geübten Recovery-Act begegnen wolle,

zu dem das Baseler Gutachten die Handhabe biete, so ist in allen bekannten Texten des Gutachtens von einer solchen Möglichkeit nichts zu finden, es sei denn, daß sich Havas auf einen französischen Text stützt, der in Berlin nicht bekannt ist. Im übrigen dürfte auch das sachliche Ergebnis einer solchen Maßnahme äußerst gering sein, zumal Frankreich ohnehin zu den Ländern gehört, die bestrebt sind, die deutsche Einfuhr auf das äußerste zu beschränken. Die Drohung, Frankreich werde

seinen Anteil an dem Rediskontkredit der Reichsbank nicht mehr verlängern,

würde nur den Erfolg haben, daß die offenkundige deutsche Reparationsfähigkeit noch offenkundiger würde. Notfalls könne aber ein solcher Ausfall auch auf andere Weise ausgeglichen werden.

Die französische Linkspresse würdigt den deutschen Standpunkt.

× Paris, 11. Januar.

Der zuerst sehr erregte Ton in der französischen Oeffentlichkeit über die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers hat einer gewissen ruhigeren Ueberlegung Platz gemacht, wie schon oben ausgeführt. Das „Echo de Paris" hält allerdings an den angedeuteten Repressalien fest.

Das Blatt Daladiers, „La République" schreibt: Wir glauben, daß die endgültige Streichung die vernünftige Lösung bleibt, wie sie durch die Umstände aufgezwungen wird. Aber wir glauben nicht weniger, daß diese Geste nur einen Sinn und Wert hat, wenn sie den Beginn einer Politik engerer Verständigung mit Deutschland bildet. Wir glauben, daß man ein für allemal nicht im Geiste von Versailles, sondern im Geiste von Locarno alle Fragen liquidieren muß, die alle Beziehungen zwischen unseren Nachbarn und uns verschärfen könnten. Wir glauben endlich, daß Frankreich, wenn es darauf verzichtet, von Deutschland Geld zu erhalten, ehrlich und entschlossen erklären muß, daß es selbst außerstande ist, seine Schulden bei den Vereinigten Staaten zu bezahlen. „La Volonté" erklärt: Man muß darauf hinweisen, daß

der deutsche Regierungschef laut heraus erklärt hat, was jeder Deutsche bei sich denkt und was Millionen Menschen in der ganzen Welt einschließlich vieler Franzosen meinen.

Gewiß, wenn der Reichskanzler erklärt hätte, daß sein Land bereits jetzt entschlossen sei, nichts mehr, überhaupt niemals mehr einen Pfennig für die Reparationen zu zahlen, dann würde Flandin, der zweifellos ein wenig voreilig gesprochen hat, mit Recht haben feststellen können, daß die Lausanner Konferenz sich nicht mehr sehr rechtfertigen lasse. Nun scheint aber Dr. Brüning nicht so weit gegangen zu sein. Er hat keine revoltierende Stellung eingenommen, sondern einfach eine Erklärung völliger Zahlungsunfähigkeit für die Zukunft abgegeben. Durch diese deutsche Geste wird nicht etwa der Reparationsgrundsatz, sondern der Grundsatz der Respektierung der Haager Abkommen mitten ins Gesicht getroffen. Das brauche, schreibt das Blatt weiter, nicht zu überraschen, denn seit Wochen habe man festgestellt, daß die Lausanner Konferenz nichts regeln könne, ohne den Rahmen des Youngplanes zu verlassen. Man müsse auf jeden Fall ganz Neues erreichen oder überhaupt nichts.

Der radikale Abgeordnete Cot sagte in einem Interview zu der Erklärung des Reichskanzlers Dr. Brüning

über die Reparationsfrage, was Brüning laut in einer „etwas brutalen Form" zum Ausdruck gebracht habe, sei nur das, was innerlich jeder denke: nämlich, daß es Zeit sei, mit dem aufreizenden und heuchlerischen Problem der Reparationen aufzuräumen. Die Reparationen hätten der Welt schon mehr Uebles angetan, als Frankreich Gutes.

Verlängerung des Rediskontkredits nur bis 4. März.

÷ **Paris**, 11. Januar.

Der „Matin" erklärt im Zusammenhang mit der Baseler Sitzung der BIZ, daß der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, den Verwaltungsrat der BIZ davon verständigt habe, daß die Genehmigung Frankreichs zur Verlängerung des Reichsbank-Rediskontkredites übereinen Monat hinaus (also über den 4. März hinaus, die Redaktion) sehr unwahrscheinlich sei. Das Blatt fügt hinzu, daß unter diesen Umständen die Rechte Frankreichs vollkommen gewahrt seien, da der Einspruch des französischen Vertreters genüge, um die Verlängerung der Hälfte des 100-Millionen-Dollar-Kredites, nämlich 25 Millionen der Bank von Frankreich und 25 Millionen der BIZ, zu verhindern. (Der Verwaltungsrat der BIZ in Basel hatte bekanntlich Montag mittag den Kredit bedingt um drei Monate verlängert.)

★

Englische Blätter begrüßen Deutschlands Auffassung.

× **London**, 11. Januar.

Die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers über die Reparationsfrage werden von allen Blättern in Leitartikeln erörtert. Die führenden sozialistischen und der liberalen Partei begrüßen die Erklärung.

So sagt das Arbeiterblatt „Daily Herald": Dr. Brünings Erklärung ist

eine nützliche Einleitung zur Konferenz von Lausanne.

Jeder mit Wirklichkeitssinn begabte Politiker und Staatsmann weiß, daß Deutschland nie wieder Reparationen bezahlen wird. Deutschland hat nichts weiter getan, als einer kindischen Maskerade ein Ende gemacht. Von einer geschlossenen Front der Gegner kann keine Rede sein. Den gleichen Gedanken äußert auch „News Chronicle". „Times" bemerkt, wenn man die Erklärung Dr. Brünings lediglich als Mitteilung der Auffassung betrachte, die Deutschland in Lausanne vertreten werde, dann enthalte sie nichts besonders Neues oder Ueberraschendes. Jeder Kenner des Baseler Berichts mußte erwarten, daß Deutschland völlige Beseitigung der Reparationen fordern werde. Es komme nur auf wirtschaftliche Realitäten an. „Daily Telegraph" sagt, daß Deutschland jetzt keine Reparationen bezahlen kann, ist klar genug, aber daß es unfähig sein wird, in drei oder fünf Jahren etwas zu bezahlen, kann heute niemand behaupten. „Morning Post" drückt die Befürchtung aus, daß jeder Verweigerung der Zahlung der politischen Schulden eine Verweigerung der Zahlung der kommerziellen Schulden folgen könne. Von den unabhängigen Blättern vertritt „Daily Mail" die Ansicht, daß

Frankreich schließlich einer wesentlichen Herabsetzung der Reparationen zustimmen werde.

„Daily Expreß" sagt, die Hauptsache sei, daß die deutschen kommerziellen Verpflichtungen von der Erklärung Dr. Brünings, [illegible] Beendigung der Zahlung der Kriegsschulden in irgendeiner Form sei besser als ihre Fortsetzung. Auf jeden Fall werde immer klarer, daß England auf der Konferenz eine entscheidende Rolle spielen müsse. Da die Vereinigten Staaten gegenwärtig für eine völlige Annullierung nicht zu gewinnen seien, müsse danach gestrebt werden, die politischen Schulden auf ein für Schuldner und Gläubiger erträgliches Maß herabzusetzen.

In einem Interview beschäftigte sich der Führer der Opposition, Lansbury mit den letzten Entwicklungen der Reparationsfrage und erklärte, der Standpunkt der Arbeiterpartei sei:

„Schwamm drüber!"

Er meinte: „Wir sollten Amerika und der Welt sagen: daß wir weder Reparationen erhalten, noch Kriegsschulden bezahlen wollen!"

★

Eine Erklärung MacDonalds.

● **London**, 10. Januar.

In einem Interview bemerkte MacDonald mit Bezug auf Dr. Brünings Erklärung zur Reparationsfrage, daß die Politik und der Standpunkt der englischen Regierung nur am richtigen Platz und zur richtigen Zeit bekanntgegeben werden könnten. Vor der Hand könne gesagt werden, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage, wie sie durch den Bericht der Sachverständigen dargetan worden ist, und in Anbetracht der innerpolitischen Probleme Deutschlands es nicht unwahrscheinlich sei, daß irgend eine solche Erklärung, wie die Dr. Brünings, auf der Lausanner Konferenz gemacht werden würde. Die Tatsache, daß sie bereits abgegeben worden ist, mache

jene Konferenz noch notwendiger denn je. Denn es sei unmöglich, die Dinge so zu lassen, wie sie sind.

Die gegenwärtige Lage sei das Ergebnis internationaler Abmachungen, und eine internationale Konferenz sei deshalb nötig, um sich mit ihr zu befassen.

Reuter erklärt, daß der Erklärung MacDonalds nichts hinzuzufügen sei. Nach Abgabe seiner Erklärung hatte MacDonald eine lange Unterredung mit dem Schatzkanzler und dem Außenminister. Die drei Kabinettsmitglieder werden die gesamte Frage noch eingehend prüfen. In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß alle beteiligten Staaten sich mit dem Konferenzbeginn am 25. Januar einverstanden erklärt haben, mit Ausnahme Frankreichs, auf dessen stillschweigende Zustimmung man jedoch hoffe.

★

Italienische Fühlungnahme in Berlin.

♥ **Rom**, 11. Januar.

Der Vorsitzende des Baseler Sonderausschusses Beneduce hatte heute vormittag mit dem italienischen Außenminister Grandi eine längere Unterredung. Beneduce begibt sich heute abend nach Paris, wo in den nächsten Tagen Vorbesprechungen über das Reparationsproblem zwischen den Sachverständigen Frankreichs, Englands und Italiens stattfinden. In hiesigen unterrichteten Kreisen wird es als nicht ausgeschlossen betrachtet, daß auch noch

ein Gedankenaustausch zwischen Italien und deutschen Sachverständigen

erfolgen wird.

Die Entwicklung, die die Reparationsfrage mit dem Interview des Reichskanzlers an das WTB genommen hat, war, wie weiter erklärt wird, von der italienischen Außenpolitik seit einiger Zeit in den Bereich des Möglichen gezogen worden. Man verweist darauf, daß Italien stets großes Verständnis für die Deutschland aus dem Reparationsproblem entstandenen Schwierigkeiten aufgebracht hat. Die Erklärungen des Reichskanzlers seien infolgedessen

ohne Nervosität aufgenommen

worden. Man verweist ferner darauf, daß Italien immer die enge Verflechtung der in den letzten Jahren entstandenen Wirtschaftsprobleme vertreten hat, und daß in den politischen Richtlinien der italienischen Außenpolitik in bezug auf die Frage eine Aenderung nicht eingetreten ist. Italien habe immer die Notwendigkeit einer großzügigen Lösung des Reparations- und Schuldenproblems verfochten und sei trotz der damit verbundenen Opfer für eine mutige Lösung dieser Frage. Der „Tevere" empfiehlt dem „Temps", beizeiten und mit Haltung auf etwas zu verzichten, von dem man wisse, daß man es doch nicht erhalten werde. Das Blatt sagte ziemlich deutlich, daß die französische Politik selbst zu der gegenwärtigen Lage beigetragen habe.

★

Freundliche Aufnahme in Griechenland.

◇ **Athen**, 11. Januar.

Die griechische Presse äußert sich zu der Reparationserklärung des Reichskanzlers überwiegend freundlich und betont die außerordentliche Wichtigkeit der deutschen Feststellung, daß eine Fortsetzung der Reparationszahlungen unmöglich sei. Die Blätter geben der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Finanzlage der Welt nunmehr endlich klären werde. Der Führer der Opposition, Tsaldaris, erklärte, die Feststellungen Brünings seien die natürliche Folge der Zumutung an das finanziell entkräftete Deutschland, Reparationszahlungen in Höhe von vielen Milliarden zu leisten.

★

Polen an der Seite der französischen Chauvinisten.

◆ **Warschau**, 11. Januar.

Die Erklärungen des Reichskanzlers haben auch in Warschau starken Eindruck gemacht. Die polnische Presse beschränkt sich aber zunächst darauf, die Berliner Meldungen ohne eigene Stellungnahme zu veröffentlichen. Zur Ausschmückung bringen die Blätter lediglich die üblichen französischen Pressestimmen. Welche Aufnahme die Brüning-Erklärung findet, geht jedoch schon aus einer Reihe recht drastischer Ueberschriften hervor, wie z. B. „Die Erklärung Brünings ist ein Akt politischen Wahnsinns", „Europäischer Finanzskandal", „Die Deutschen werden die Reparationszahlungen nur unter Kriegsdrohung leisten" usw. Am beliebtesten scheint jedoch die Feststellung des „politischen Wahnsinnsaktes" zu sein, da dieser Satz am häufigsten wiederholt wird.

★

Keine Ueberraschung in Amerika.

○ **Washington**, 10. Januar.

„Washington Evening Star" berichtet, bei dem überwiegenden Teile der amtlichen Regierungsteile und der parlamentarischen Kreise habe Dr. Brünings Erklärung über die Reparationsfrage keinerlei Ueberraschung hervorgerufen, denn seit dem Bekanntwerden des Baseler Berichtes sei es

lediglich eine Zeitfrage gewesen, daß Deutschland offiziell verkünden müsse, was alle unterrichteten Beobachter seit langem als unabwendbar erkannt hätten.

Trotzdem werde naturgemäß die nunmehr geschaffene Situation große Wellen werfen, besonders auch in Amerika, und Präsident Hoover habe in seiner Jahresbotschaft bereits darauf hingewiesen, als er von den Tatsachen sprach, denen man sich nicht verschließen könne, und die weitere Schritte in der internationalen Schuldenfrage notwendig machten. Deutschland würde zusammenbrechen, wenn es Reparationen und die Privatschulden zahlen müßte, und

Deutschlands Zusammenbruch würde in der ganzen Welt eine Wirtschaftsdemoralisierung zur Folge haben, die man kaum zu ermessen wage.

Die Krise, die Hoover im Juni vorigen Jahres abzuwenden suchte, wäre wahrscheinlich unbedeutend im Vergleich zu dem Chaos, das ein Bankerott Deutschlands hervorrufen würde. Unter der Ueberschrift „Ein Hieb auf den Knoten" betont „Herald Tribune" "in einem Leitartikel, die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit, weiter politische Schulden zu zahlen, seien durch zu viele Anzeichen angekündigt gewesen, um als völlige Ueberraschung zu kommen. Wende man sich

von der französischen Pose verletzter Gutgläubigkeit

zu der Aufnahme, die die Erklärungen Brünings bei den Baseler Finanzsachverständigen gefunden hätten, so sei offenbar, daß die nunmehr eingetretene Entwicklung nicht außerhalb von deren Berechnungen gelegen sei. Die Vertretern des Schatzamtes der Vereinigten Staaten beigelegte Aeußerung, daß der deutsche Schritt schon im letzten Jahre irgendwann einmal hätte kommen können, lege die Vermutung nahe, daß man auch in diesen Kreisen vorbereitet gewesen sei. So gut vorbereitet allerdings die Finanzwelt auf die Erklärungen Dr. Brünings gewesen sei, so dürfe doch nicht angenommen werden, daß die amerikanische Ansicht der deutschen Annahme zustimme, daß nunmehr das Ende der Reparationen gekommen sei.

Die neuen Zinsvereinbarungen der Kreditinstitute.

Mantelvertrag und Abkommen über Haben- und Sollzinsen.

Die wesentlichen Bestimmungen der Zinsvereinbarungen.

)?(**Berlin**, 11. Januar.

Die am Samstag von den Spitzenverbänden der Kreditinstitute angenommenen Zinsvereinbarungen bestehen aus einem Manteltarif sowie aus je einem Abkommen über Habenzinsen und Sollzinsen. Bei den Sollzinsen soll die Berechnung entweder in Gestalt eines Nettozinssatzes, bei dessen Festsetzung von dem gewogenen Durchschnitt der Zinssätze für hereingenommene Gelder auszugehen ist, oder nach Sollzinsen plus Kreditprovision erfolgen. Im letzteren Fall gilt als Richtlinie, daß sich der Zinssatz im allgemeinen an den Reichsbankdiskont anzulehnen hat. Die Normalsätze für den oben erwähnten Nettozinssatz bezw. Sollzins werden von den regionalen Kreditausschüssen festgesetzt. Die Kreditprovision ist in banküblicher Weise zu berechnen.

Die Regelung der Habenzinsen erfolgt in der Weise, daß von dem zentralen Kreditausschuß ein Normalzinssatz festgesetzt wird, der mit entsprechenden Zuschlägen für alle Konditionen Geltung hat; normale Spareinlagen sind jedoch höchstens zu dem Normalzinssatz zu verzinsen. Kreditgenossenschaften, Privatbanken, sowie kleine und mittlere Banken dürfen nach Maßgabe besonderer von dem zentralen Kreditausschuß aufzustellender Grundsätze die Höchstgrundsätze für hereingenommene Gelder ganz oder teilweise bis um höchstens ½ Prozent überschreiten, ehrenamtlich geleitete Kreditgenossenschaften mit der gleichen Maßgabe bis zu ¾ Prozent.

In dem Mantelvertrag wird bestimmt, daß Kreditinstitute aller Art verpflichtet sind, bei der Hereinnahme von Reichsmarkgeldern aus dem In- und Auslande bestimmte Höchstzinssätze nicht zu überschreiten.

Die beiden Zinsabkommen laufen bis zum 31. März d. Js., der Mantelvertrag bis zum 30. September d. Js.; sie verlängern sich automatisch um drei (sechs) Monate, falls nicht eine Kündigung mit einer Frist von einem (drei) Monaten erfolgt. Die Vereinbarungen sind vom Tage nach der Veröffentlichung im „Deutschen Reichsanzeiger" und „Preußischen Staatsanzeiger" an wirksam.

Nach Erklärungen des Reichskommissars für das Bankgewerbe haben sich die beteiligten Stellen bei der Festsetzung der Zinsvereinbarungen von dem Gedanken leiten lassen, diese mit einer gewissen Biegsamkeit auszustatten. In den Durchführungsbestimmungen zur Zinssenkung auf dem Geldmarkt, die heute veröffentlicht werden, wird festgestellt, daß der Bankkommissar seine Zustimmung jederzeit zurückziehen kann. Einer Majorisierung wird dadurch vorgebeugt, daß die Beschlüsse im zentralen Kreditausschuß einstimmig gefaßt werden müssen, andernfalls entscheidet der Bankkommissar. Hypothekengeschäfte, Konsumvereine sowie Bau- und Werksparkassen sind nach den Durchführungsbestimmungen gleichfalls an die vorgeschriebenen Zinssätze gebunden. Die ganze Ziesregelung bezieht sich auf den Verkehr mit der Nichtbankierkundschaft. Der Verkehr zwischen Banken untereinander ist ausdrücklich freigelassen. Bei den Sollzinsen ist die Feststellung eines einheitlichen Normalsatzes aus dem Grunde unterblieben, weil ein derartiger Satz voraussichtlich bald den Charakter eines Mindestsatzes angenommen und auf diese Weise verteuernd gewirkt haben würde, während der Zweck der Zinsvereinbarungen gerade in einer Zinsverbilligung bestehe. Bei Kapitalgesellschaften richtet sich der Voraus nach der Bilanzsumme. Er beträgt bei einer Bilanzsumme von nicht über 15 Millionen Reichsmark ½ Prozent, bei einer solchen von nicht über 30 Millionen Reichsmark ¼ Proz. für den normalen Geldverkehr und ½ Proz. für den Großgeldverkehr und bei einer Bilanzsumme bis zu 50 Millionen Mark ½ Proz. und zwar nur für den Großverkehr. Privatbanken erhalten grundsätzlich einen Voraus von ½ Proz. Neu ist die Vorschrift, daß als täglich fällige Gelder auch solche anzusehen sind, für die eine feste Laufzeit von weniger als einem Monat (bisher sieben Tage), vereinbart worden ist. Eine Bereitschaftsprovision darf in Zukunft nicht erhoben werden. Die Verknüpfung der Sollzinsen mit dem Reichsbankdiskont wird dadurch eingeschränkt, daß sich der Zinssatz im allgemeinen an den Reichsbankdiskontsatz anlehnen soll. Der biegsame Charakter der Zinsvereinbarungen kommt ferner darin zum Ausdruck, daß die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen dreifach variiert werden kann, und zwar einmal örtlich, zum anderen nach der Art der Kredite und zum dritten nach der Art der Kreditinstitute.

Der Normalzinssatz ist laut Beschluß des zentralen Kreditausschusses auf 4 Prozent festgesetzt worden.

Die Verwaltungssitzung der B. J. Z.

Die Kredite an Deutschland, Oesterreich und Ungarn verlängert.

)(**Basel**, 11. Januar.

Der Verwaltungsrat der BIZ hat am Montag mittag seine Tagung bereits abgeschlossen. Der Präsident der BIZ wurde ermächtigt, den Kredit an die Deutsche Reichsbank von 25 Millionen Dollar auf drei Monate zu verlängern, vorausgesetzt, daß auch die drei anderen mit je 25 Millionen Dollar beteiligten Banken zu denselben Bedingungen der Erneuerung zustimmen. Der Kredit läuft bekanntlich am 4. Februar ab. Man nimmt an, daß die Bank von Frankreich, die über die jüngste Erklärung Dr. Brünings in der Reparationsfrage eine gewisse Verstimmung an den Tag legt, bis dahin auch ihre Zustimmung für die Verlängerung des französischen Anteiles erteilen wird. Der Anteil der BIZ an dem österreichischen Kredit von 190 Millionen Schilling, der am 12. Januar abläuft, wurde gleichfalls verlängert, nachdem der Finanzberater der deutschösterreichischen Nationalbank, Professor Bruins, einen Bericht über die gegenwärtige Lage Deutsch-Oesterreichs vorgelegt hatte. Auch der Anteil der BIZ an dem ungarischen Kredit, der am 18. Januar abläuft, ist verlängert worden. Bei diesen beiden Krediten machten die Zentralbanken einiger Staaten der Kleinen Entente gegen die Verlängerung Einwendungen, doch dürften sie in der Zwischenzeit beigelegt werden, so daß der Verlängerung der Kredite nichts im Wege stehe. Auch der südslawische Kredit von drei Millionen Dollar wurde verlängert.

Der Verwaltungsrat der BIZ ratifizierte ferner die bereits telegraphisch der BIZ gegebene Ermächtigung, den interessierten Regierungen den Empfang und die Annahme des Baseler Sondergutachtens zu bestätigen. Auch nahm er Kenntnis von der durchgeführten Aufgaben der Bank als Treuhänder für die 5½ v. H. Young-Anleihe, über den Geschäftsabschluß der letzten beiden Monate und über die Tätigkeit des Unterkomitees, das am Sonntag vormittag sich mit der künftigen Bankpolitik der BIZ beschäftigt hat. Zum Nachfolger des zurückgetretenen holländischen Verwaltungsratsmitgliedes Dr. Visserin wurde der gegenwärtige Präsident der Niederländischen Bank, Dr. Strip, ernannt. Der Verwaltungsrat sprach schließlich noch seine Befriedigung aus über die günstige Lage der Bank trotz mancher Währungsverschlechterung durch die Aufgabe des Goldstandards. Die nächste Sitzung findet am 8. Februar statt.

Beamtenfragen im Landtagsausschuß

:: **Berlin**, 11. Januar.

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtages verhandelte über deutschnationale Anträge auf Aufhebung bezw. Milderung der Bestimmungen der Sparnotverordnungen, soweit sie sich gegen Beamte und Lehrer richten. Staatssekretär Schleusener vom Finanzministerium erklärte, die Notmaßnahmen gegen die Beamtenschaft seien auch nicht für die Dauer, sondern nur für die Notzeit berechnet. Von einem Referentenentwurf über ein neues Besoldungsgesetz, das die Lage der Beamten weiter verschlechtern solle, sei ihm nichts bekannt, und er, der Staatssekretär, glaube auch nicht, daß ein solcher Entwurf vorliege. Die weitere Aussprache wurde auf Dienstag vertagt.

Die Streikunruhen im holländischen Industriegebiet.

Amsterdam, 11. Januar.

Der Bürgermeister von Enschede, der Hauptstadt des Textilindustriegebietes von Twente, hat sich, da das bisher von ihm zur Bekämpfung der Streikunruhen erlassene Verbot aller Ansammlungen über drei Personen nicht das gewünschte Ergebnis gehabt hat, und namentlich in den Abendstunden weiterhin Ueberfälle radikaler Elemente auf die Häuser Arbeitswilliger und der Textilfabrikanten sowie auf die Polizei verübt wurden, genötigt gesehen, für die Zeit von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens den Ausnahmezustand zu verhängen. Alle Personen, die sich während dieser Zeit auf der Straße aufhalten, müssen der Polizei ihre Personalien sowie den Zweck ihres Aufenthaltes auf der Straße angeben. Auf Anordnung der Polizei müssen sie sich sofort in ihre Wohnung zurückbegeben und alle Türen und Fenster schließen. Ferner ist nochmals auf die strengen Strafen hingewiesen worden, die auf Widerstand gegen die Staatsgewalt und gegen Anordnungen der Polizei stehen.

Polnische Flugzeugspionage über Johannisburg.

:: **Johannisburg** (Ostpreußen), 11. Januar.

In den Montag-Mittagsstunden etwa 11,45 Uhr stattete ein polnischer Doppeldecker der Stadt Johannisburg einen Besuch ab. Er kam aus südöstlicher Richtung und steuerte zielbewußt nach dem Bahnhof. In außerordentlich niedriger Höhe, etwa 75 bis 100 m, flog er vom Bahnhof Johannisburg aus in östlicher Richtung über die Eisenbahnbrücke hinweg, wendete und wiederholte den Flug zweimal. Er machte dabei, wie genau festgestellt wurde, Aufnahmen. Beim Rückflug nach Johannisburg schwenkte der Flieger in südlicher Richtung, umflog einige Male den großen Gebäudekomplex des Kreiskrankenhauses und entfernte sich dann hochaufsteigend in südlicher Richtung der polnischen Grenze zu. Es war ein Doppeldecker, ein graugestrichenes Militärflugzeug mit dem gut sichtbaren polnischen Hoheitszeichen und der Zahl N. 15, besetzt von einem Piloten und einem Beobachter.

Erschießung von sechs Kommunisten.

:: **Bukarest**, 11. Januar.

Beim Versuch, heimlich den zugefrorenen Dnjestr in Richtung Rußland zu überschreiten, wurden in der Nacht auf Montag sechs unbekannte Männer, anscheinend Juden, von der rumänischen Grenzwache erschossen. Das rumänische Innenministerium, das bereits ein mysteriöses Protesttelegramm erhalten hat, teilt dazu mit, daß die Erschossenen bekannte Kommunisten und Schmuggler gewesen seien.

Dieser aufsehenerregende Zwischenfall an der russisch-rumänischen Grenze dürfte im Hinblick auf die Paktverhandlungen in Riga von großer Bedeutung sein, da die Einzelheiten über die Erschießung sehr widersprechend lauten. Man nimmt an, daß das Parlament sich mit dem Vorfall beschäftigen wird.

Neuer Erdölfund bei der Preußag.

(!) **Berlin**, 11. Januar.

Wie WTB. Handelsdienst erfährt, ist auf dem Gelände der Gewerkschaft „Florentine", die zum Konzern der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A. G. Berlin, gehört, in Edesse eine Bohrung fündig geworden. Die Bohrung, die mit einem Rotarygpparat bis zu einer Tiefe von nahezu 900 Metern abgeteuft worden ist, hat in den ersten 24 Stunden etwa 36 000 Liter und in den letzten 24 Stunden etwa 31 000 Liter ergeben. Das Oel am Bohrloch steht unter einem Druck von 20 Atmosphären.

Der Mutter die Kehle durchschnitten.

:: **Hamburg**, 11. Januar.

In der Nacht zum Montag hat in Rorstal im Kreise Winsen die bei ihrer Mutter wohnende Frau Mathies ihrer Mutter mit einem Messer die Kehle durchschnitten. Frau Mathies lebte von ihrem Manne getrennt und wohnte seit zwei Jahren mit ihren beiden Kindern im Hause der Mutter. Am Sonntag abend hörten Nachbarn eine sehr erregte Auseinandersetzung zwischen den Frauen. Bald darauf wurden sie von der verstörten Tochter in die Wohnung der Mutter geholt, wo sie letztere mit durchschnittener Kehle in einer großen Blutlache liegend auffanden. Die Tochter behauptete zunächst, die Mutter habe Selbstmord verüben wollen. Als sie ihr das Messer entreißen wollte, sei es durch einen unglücklichen Zufall der Mutter in den Hals gedrungen. Später gestand die Tochter, die Tat im Jähzorn begangen zu haben.

Anzeige gegen den Norddeutschen Lloyd.

(!) **Bremen**, 11. Januar.

Die Justizpressestelle teilt mit: Ein Aktionär des Norddeutschen Lloyd, Droste, hat im Dezember 1931 bei der Staatsanwaltschaft Bremen eine Anzeige gegen Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates des Norddeutschen Lloyd wegen Vergehens gegen § 312, 314 Handelsgesetzbuch erstattet. Auf Grund dieser Anzeige, die jetzt durch ein Berliner Presseorgan verbreitet wird, hat die Staatsanwaltschaft pflichtgemäß ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Diese Ermittlungen über die bereits längere Zeit zurückliegenden Differenzen sind noch nicht abgeschlossen. In einer vom Norddeutschen Lloyd soeben eingereichten Gegenerklärung werden die Vorwürfe der Anzeige als durchaus unbegründet zurückgewiesen.

Aus der Heimat.

Um den neuen Schlachthofdirektor.

× **Bocholt**, 12. Jan. Da der bisherige Schlachthofdirektor, Veterinärrat Meinikmann, am 1. April d. J. infolge Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst der Stadt ausscheidet, ist die Neubesetzung der Stelle ausgeschrieben worden. In einer gestern stattgefundenen Sitzung der Schlachthof-Deputation wurden folgende Herren für die neu zu besetzende Schlachthof-Direktorstelle zur engeren Wahl gestellt: Stadt- und Polizei-Tierarzt Dr. Hanhof (M. Gladbach), Stadttierarzt Dr. Hintzen (Köln-Ehrenfeld), Tierarzt Dr. Lansing (Greifswald), Stadttierarzt Dr. Mai (Gera), Schlachthoftierarzt Dr. Ulrich (Münster), Stadttierarzt Dr. Weyergraf (Düsseldorf). Die endgültige Entscheidung wird erst nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

Silbernes Arbeitsjubiläum.

= **Bocholt**, 12. Januar. Der Obermeister Gerhard Peters (Biemenhorster Weg) konnte in diesen Tagen auf eine 25 jährige Tätigkeit bei der Firma Stern & Löwenstein zurückblicken. Die Firmeninhaber erfreuten den Jubilar durch eine Geldspende und die Kollegen überreichten ihm ein Geschenk. Eine 25 jährige ununterbrochene Arbeitszeit in ein und demselben Betrieb ist gleich ehrenvoll für den Arbeitnehmer wie für den Arbeitgeber.

Die neuen Volksvereinshefte.

ks. **Bocholt**, 9. Jan. Zwei Fragen, die am Ausgang des schicksalsschweren Jahres 1931 die Menschheit auf das lebhafteste beschäftigen, behandelt das im Dezember 1931 erschienene sechste und letzte Volksvereinsheft 1931: die große Enzyklika Papst Pius XI. Quadragesimo anno und die Abrüstung als Weltproblem. Was den Hl. Vater zu seiner Kundgebung bewog, war insbesondere auch die die europäische Kulturwelt bedrohende Gefahr des Bolschewismus, „der seine Irrlehren in alle Kreise, in alle Länder zu tragen strebt, um eine Umwälzung herbeizuführen, welche die Gesetze der Natur und Gottes mit Füßen tritt". In dem Ringen um eine neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung tritt neben Moskau das ewige Rom auf den Plan. Moskaus Weg führt, wie es in dem Rundschreiben des Hl. Vaters heißt, über „offene und rücksichtslose Gewalt", über „unglaubliche und unbeschreibliche Härte und Unmenschlichkeit", über „unselige Trümmer und Verwüstungen, die der Bolschewismus in dem ungeheuren Ländergebiet von Osteuropa und Asien angerichtet hat, und die eine beredte Sprache sprechen". — Rom will dagegen Frieden, soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe, die als Baustein dienen sollen für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsregelung mit den Zielen: Entproletarisierung der breiten Massen und Aufbau einer berufständisch gegliederten Ordnung. — Das neue Frauenheft handelt von „Kinder und Kindererziehung". — Das erste Heft des neuen Jahres wird eine Reihe wertvoller Beiträge erster Fachleute über den Bolschewismus bringen. Aus diesem Grunde seien schon jetzt alle Kreise auf dieses höchst bedeutungsvolle Heft hingewiesen, das sicherlich eine freundliche Aufnahme finden wird.

Werbt 1932 für den Volksverein für das katholische Deutschland! Bleibt ihm treu als seine Mitglieder!

Vereine und Veranstaltungen.

Aus dem Gesellenverein. Am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, findet die erste Aufführung von „Jans Schnorkebühl" oder „Handwerk heraus" statt. Eine plattdeutsche Posse mit Gesang und Tanz in 4 Aufzügen. Auf den Inhalt kommen wir noch zurück.

ls. **Zweimal an einem Tage** spielte des Jung-K. K. V. Spielschar am Sonntag aus Webers Dreizehnlinden „Elmar" und beide Male vor vollbesetztem Hause. — Zur Nachmittagsaufführung waren die oberen Jahrgänge der Bocholter Volksschulen eingeladen. Die Ruhe, mit der die Schüler der Handlung folgten, war mustergültig. Die Abendvorstellung, die für die Oeffentlichkeit war, stand wie die anderen Aufführungen auf einer beachtlichen Höhe. Das Publikum zollte den Spielern für ihre Leistungen gern und freudig Beifall. Die Pausen, die erfreulich kurz waren, wurden durch Gaben des K. K. V.-Orchesters noch mehr verkürzt. — Die K. K. V.-Spielschar verdankt ihre Erfolge zum Teil gewiß dem guten Geiste, der unter den Mitgliedern herrscht, am meisten jedoch der umsichtigen und unermüdlichen Führung, die ihr zuteil wird durch ihren Leiter, Herrn Lehrer Kötters. Mögen beides, einmütiger Geist und tatkräftige Führung, der Spielschar noch lange erhalten bleiben.

Liedern.

e. **Aus der Deutschen Jugendkraft.** Auch in diesem Winter hat die D. J. K. fleißig geschafft. Von den Turnern werden die Uebungsabende pünktlich eingehalten. Das schneidige Trommlerkorps ist ebenfalls eifrig bemüht, sich noch weiter zu vervollkommnen. Hervorragendes leistete besonders wieder die Theaterabteilung. Die Aufführung des Stückes „Wenn eine Mutter betet für ihr Kind" war ein ganzer Erfolg. Damit auch Gemütlichkeit und Frohsinn im Verein zu ihrem Rechte kommen, fand am Sonntag im Jugendheim ein Familienabend statt; dem Ernste der Zeit entsprechend nur im engsten Kreise der Mitglieder. Die Stunden fröhlichen, ungetrübten Beisammenseins zeugten wieder so recht von dem guten Kameradschaftsgeiste, der in der D. J. K. Liedern herrscht. — Am kommenden Sonntag nimmt der Verein teil an dem Turnen im Arbeitervereinshaus St. Paulus. Man darf den Turnern wohl einen guten Erfolg prophezeien. — In den nächsten Wochen findet im Jugendheim ein Kursus statt zur Einführung in die Bürgerkunde. Möge dieser Kursus, der gerade in der heutigen Zeit sehr angebracht ist, einen guten Besuch aufzuweisen haben. „Jugendkraft Heil!"

Biemenhorst.

Die Bäuerliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft hielt gestern nachmittag in Bocholt im Lokal Busch (Kreuzstraße) ihre diesjährige Generalversammlung unter dem Vorsitz des Herrn Vorsitzenden Tenbrok ab. Nach Verlesung der Bilanz und Berichterstattung über das letzte Geschäftsjahr durch den Geschäftsführer Herrn Bußhaus und weiteren internen Verhandlungen hielt Herr Dr. Maas (Münster) einen eingehenden und interessanten Lichtbildervortrag über die Anwendung der künstlichen Düngemittel usw. Kalk muß die Grundlage der ganzen Düngung sein. Sodann gebrauchen alle Kulturpflanzen Stickstoff, Phosphorsäure und Kali. Auf leichten Böden und zu Rüben wird das Kali, das von allen Kulturpflanzen in größter Menge gebraucht wird, am besten in Form von Kainit, auf schweren Böden und zu Kartoffeln in Form von 40 er Kalisalz gegeben. Stets sollen die Kalisalze rechtzeitig angewandt werden, dasselbe gilt auch von Thomasmehl. Die Phosphorsäure wird zu Kartoffeln und Rüben und ebenfalls auch als Kopfdünger zu Wintergetreide am zweckmäßigsten in Form des leichtlöslichen Superphosphats gegeben. Die beste Düngung zu Kartoffeln ist neben Stallmist im Winter rechtzeitig 1—2 Ztr. 40 er Kalisalz pro Morgen und bei der Bestellung Superphosphat und schwefelsaures Ammoniak oder auch Ammoniak-Superphosphat. Der Stickstoff soll stets nach Bedarf im Frühjahr, aber nicht zu spät gegeben werden. Anschließend wurden weitere Bilder über Unkrautbekämpfung, Bodenbearbeitung, Grünland usw. vorgeführt. Eine längere Diskussion beschloß die Versammlung.

Berufliche Bildungsmaßnahmen für jugendl. Arbeitslose im Bezirk des Arbeitsamtes Bocholt.

= **Bocholt**, 12. Januar.

Die außergewöhnlich schwere, langandauernde wirtschaftliche Krise hat auch in unserem Bezirk einer großen Zahl von Jugendlichen Beschäftigung und Verdienst genommen. Mit einer weiteren Steigerung werden wir im Laufe des Winters noch rechnen müssen. Da ist es noch mehr als in den Vorjahren vornehmste Pflicht aller berufenen Stellen, sich der erwerbslosen Jugend anzunehmen und nichts unversucht zu lassen, um sie vor den schweren Schäden langdauernder Untätigkeit nach Möglichkeit zu bewahren.

Das Reich selbst, ebenso die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als auch einige Ministerien haben besondere Mittel für Bildungsmaßnahmen bereitgestellt. So erfreulich dieses an sich ist, so ist anderseits auch die Feststellung erfreulich und ganz besonders bemerkenswert, daß von 600 befragten Jugendlichen als auch deren Eltern im Arbeitsamtsbezirk Bocholt innerhalb weniger Tage über 400 sich freiwillig zur Teilnahme an den Veranstaltungen gemeldet haben. (Bei den 600 Befragten handelt es sich um solche Jugendlichen, die im Laufe des letzten Jahres ausgesteuert oder aber infolge der Notverordnungen keinen Anspruch mehr an die Versicherung haben.) Weiter ergab sich durch die Befragung, daß von den 600 nur 37 im Laufe der Zeit wieder lohnbringende Arbeit erhalten hatten. 150 Anfragen blieben ohne Antwort. Zu der angemeldeten Zahl von rund 400 kommen noch etwa 150 zeitige jugendliche Unterstützungsempfänger hinzu, die auf Grund des § 137 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erfaßt werden, so daß für die Gesamtmaßnahme mit einer Teilnehmerzahl von 550 gerechnet wird.

Die Lehrgänge selbst werden durch die in den beiden Kreisen befindlichen Berufs- und Fachschulen durchgeführt, um besondere Kosten für Einrichtungen, Lehrmittel u. a. m., die sonst beschafft werden mußten, zu ersparen. Da die vorhandenen Schulräume nicht ausreichen bezw. anderweitig besetzt sind, haben in zuvorkommender Weise verschiedene Vereine wie auch die Gemeinden Bocholt und Borken noch Unterkunftsräume bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Als Lehrkräfte sind neben Handwerksmeisters, Technikern, Fabrikmeistern, auch Lehrer der Volksschulen, berufslose Lehrer, Gewerbelehrer und -lehrerinnen für die Weiterbildung gewonnen. Die Leiter der Berufsschule haben in Verbindung mit der Praxis besondere Lehr- und Stundenpläne, die den Einzelerfordernissen entsprechen, aufgestellt. Vorgesehen sind im Rahmen der Gesamtmaßnahme auch die Vorträge über Gesundheitspflege.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch von Einzelgruppen Segelflugzeuge, die nach Fertigstellung auch der Oeffentlichkeit gezeigt werden sollen, anefertigt werden. Die Bearbeitung erfordert besondere Kenntnisse in der Behandlung des Holzes; auch werden neue Arbeitsverfahren, Kaltleimung u. a. m. gezeigt werden. Es besteht weiter die Möglichkeit, daß einzelne Gruppen neben der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung auch körperpflegerische Maßnahmen durchführen können. Die Teilnahme ist für alle Beteiligten kostenlos; in Einzelfällen werden auch die Fahrtkosten für Teilnehmer von auswärts bereitgestellt.

Um ein fruchtbares Ergebnis der Gesamtmaßnahmen zu gewährleisten und eine Zersplitterung zu vermeiden, wurde für den östlichen Teil des Bezirks als Kursusort Borken und für den westlichen Teil Bocholt bestimmt.

Ein Teil der Maßnahmen ist bereits seit längerer Zeit im Gange; sie erfreuen sich eines außerordentlich großen Interesses seitens der Beteiligten.

Im einzelnen seien die Kurse hier angeführt:

Westlicher Teil (Bocholt).

Weber I, II, III und IV	100 Teilnehmer mit 12 Wochenstunden,
Maurer	17 Teilnehmer mit 16 Wochenstunden,
Anstreicher	30 Teilnehmer mit 16 Wochenstunden,
Schreiner	25 Teilnehmer mit 16 Wochenstunden,
Metall- und verwandte Berufe	30 Teilnehmer mit 16 Wochenstunden,
Verschiedene Handwerksgruppen	30 Teilnehmer mit 12 Wochenstunden,
Spinnereiarbeiter und andere	60 Teilnehmer mit 12 Wochenstunden,
Kaufleute	35 Teilnehmer mit 21 Wochenstunden,
Haushaltungskurse (weiblich) I, II und III	60 Teilnehmer mit 13½ Wochenstunden.

Oestlicher Teil (Borken).

Weber u. andere	40 Teilnehmer mit 12 Wochenstunden,
Anstreicher, Schreiner, Maurer (Baugewerbe)	26 Teilnehmer mit 16 Wochenstunden,
Metall- und verwandte Berufe	26 Teilnehmer mit 16 Wochenstunden.

Die einzelnen Berufsgruppen verstärken sich noch, so daß etwa 550 Jugendliche, wie oben bereits angegeben, erfaßt werden.

Suderwick.

§ **Immer wieder Schmuggel.** Am Samstagabend wurden an der Grenze von Liedern und am Sonntagabend in Spork mehrere Bocholter Schmuggler von Grenzbeamten gestellt. In beiden Fällen konnte je ungefähr ein Zentner Schmuggelgut (Kaffe und Tabak) beschlagnahmt werden.

Dingden.

=e. **Winterfest des Junggesellen-Schützenvereins.** Am Sonntag hielt der Junggesellen-Schützenverein sein Winterfest in Form eines Tanzkränzchens. Der Vorstand hatte den Hengstermannschen Saal schön geschmückt. Die Ordnung lag in den Händen des Majors H. Wichmann. Selten war wohl ein Tanzkränzchen so überfüllt wie das gestrige. Viele Bocholter waren erschienen, unter ihnen manche altbekannten Besucher, die die Dingdener Feste wohl zu schätzen wissen. Man mag zu solchen Veranstaltungen stehen wie man will: das junge Volk will sein Vergnügen haben, und es gibt Geld aus. Dann ist es gut, wenn das Geld im Dorfe bleibt. Daß der Ueberschuß noch in die Winterhilfe kommt, ist ein besonders guter Gedanke. Der gute Besuch ermöglicht es, einen besonders großen Betrag zu dem edlen Zwecke zur Verfügung stellen zu können. Programmgemäß fand die Festlichkeit gegen 1 Uhr ihr Ende. Sie wurde von keinem Zwischenfall unterbrochen. Die Bocholter Teilnehmer brachte gegen 1,20 Uhr der letzte Zug zu ihren Pennaten.

Rhede.

t. **Kath. Arbeiterverein.** Es wird nochmals hingewiesen auf die Versammlung des Vereins am Mittwochabend 8 Uhr, in der Dr. Conermann sprechen wird. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Der Turnverein Rhede 1925 (D. T.) feiert am kommenden Sonntag im Saale von Herrn Wilh. Hengstermann sein diesjähriges Stiftungsfest. Nach dem Verlauf der früheren Stiftungsfeste zu urteilen, wird auch das diesjährige einen schönen Verlauf nehmen. In selbstbewußter und zäher Arbeit erreichte der Verein es, daß seine Mitglieder von auswärtigen Wettkämpfen oftmals als Sieger heimkehrten. Die Jugendriege wird auch in diesem Jahre in erhöhter Stärke auftreten. Dem Bodenturnen hat man auch größere Aufmerksamkeit zugewendet; an humorvollen Momenten wird es hierbei gewiß nicht fehlen. Möge die Veranstaltung der breitesten Oeffentlichkeit zeigen, daß das Turnen mit zu den edelsten Körperbetätigungen gehört.

t. **Kath. Jugendverein.** Der für Mittwochabend angekündigte Heimabend für die Mitglieder der älteren Abteilung muß verlegt werden. Er findet bereits heute abend 8,30 Uhr statt. Alle älteren Mitglieder sind herzlich willkommen. Für frohe Lieder zur Geige bringt „Das Singeschiff" mit. Treu Heil!

t. **Generalversammlung der Kath. Werkjugend.** Die alljährlich um die Jahreswende stattfindende Generalversammlung der hiesigen Werkjugend wurde in diesem Jahr ein voller Erfolg. Die Mitglieder waren fast sämtlich anwesend. In der Eröffnungsansprache begrüßte der Gruppenleiter ganz besonders den Präses Vikar Dr. Schöne, den Präses des Jugendvereins Kaplan Schlettert, Arbeitersekretär Jakob, den Vorstand des Arbeitervereins und des Ortskartells der Christlichen Gewerkschaften und die zahlreich anwesenden Werkjugendfreunde aus Bocholt. Nach Absingen eines Liedes trug Johann Nießing in begeisternder Weise einen Prolog vor. Der Gruppenleiter erstattete darauf den Jahresbericht. Ihm ist folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl der Gruppe stieg im verflossenen Jahre von 59 auf 76. Es fanden 16 Gruppenversammlungen, 28 Zellenversammlungen, 6 Führerversammlungen, 5 Abend- bezw. Morgenwanderungen, 1 Elternabend und eine Stiftungsfestfeier statt. Dies sind insgesamt 57 Veranstaltungen. Die Teilnahme betrug durchschnittlich 75 Prozent der Mitglieder. An dem von der Gruppe abgehaltenen Einkehrtag beteiligten sich 106 Jungmänner. Exerzitien wurden im Laufe des Jahres von 27 Mitgliedern besucht. An anderen, meist größeren auswärtigen Veranstaltungen wurde neunmal teilgenommen mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 27 Mitgliedern. Von Gruppenmitgliedern wurden in anderen Organisationen 20 Vorträge gehalten. Konferenzen wurden 11 besucht. Darüber hinaus wurde jeder stattfindende Werkjugendkursus mit je einem Mitglied beschickt. Mit Dankesworten an die Gruppenleitung wurde die Jahresarbeit einstimmig von der Versammlung gutgeheißen. Die darauf folgende Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes u. sämtlicher Zellenführer. Arbeitersekretär Jakob hielt alsdann einen sehr interessanten Vortrag über die Gegenwartsaufgaben der kath. Arbeiterbewegung. Ausgehend von der Enzyklika Quadragesimo anno hob er die Bedeutung der Kath. Werkjugend bei der Ausführung der Sendung als Arbeiterstandesbewegung hervor. Was von der Rheder Werkjugend im verflossenen Jahr geleistet worden, sei ein gut Stück Arbeit in diesem Sinne gewesen. Er bat, auch in Zukunft so weiter arbeiten zu wollen. Möge es von edlem Geist geleitete Tätigkeit erfolgreich zu gestalten.

Krommert.

gv. **Ein Frühlingsbote?** Gestern wurde von einem hiesigen Landwirt ein „ausgewachsener" Kohlweißling gefangen, der sich seines Lebens sehr zu freuen schien. Leider wird er seinen Vorwitz gar bald mit dem Tode bezahlen müssen.

Borken.

a. **Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge.** Auf Grund des § 160 der Reichsversicherungsordnung wird der Wert der Sachbezüge für den Bezirk des Versicherungsamtes Borken mit Wirkung vom 1. Januar 1932 wie folgt festgesetzt: 1. für Angestellte: männlich 1,70 RM. täglich, weiblich 1,50 RM. täglich; 2. für gewerbliche Arbeiter, Gehilfen, Gesellen: männlich 1,40 RM. täglich, weiblich 1,20 RM. täglich; 3. für landwirtschaftliche Arbeiter, Hausgehilfen (auch Halbtags- u. Stundenmädchen), Lehrlinge: männl. 1,20 RM. täglich, weiblich 1,00 RM. täglich. Von den angegebenen Sätzen entfallen auf Morgenkaffee mit Frühstück ein Achtel, auf Mittagessen drei Achtel, auf Vesper ein Achtel, auf Abendbrot zwei Achtel und auf Wohnung ein Achtel.

Vom Niederrhein.

Isselburg.

r. **Generalversammlung der Kriegsbeschädigten.** Am Samstagabend hielt die Ortsgruppe des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener im Lokal August Exo ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte man der Kameraden und Kameradinnen, die im vergangenen Jahre gestorben sind, sowie sämtlicher Gefallenen. Die Versammlung ehrte diese durch Erheben von den Plätzen. Kamerad Arntzen gab dann einen Ueberblick über die Arbeit der Ortsgruppe im vergangenen Jahre. Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Neuwahl des Vorstandes. Der 1. Vorsitzende Kamerad Arntzen mußte sein Amt wegen seines schweren Leidens niederlegen; er hat sich in der hiesigen Ortsgruppe sehr große Verdienste erworben und jederman mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Johann Carbanje, 2. Vorsitzender Beltermann, 1. Schriftführer Arntzen, 2. Schriftführer Hoven, 1. Kassierer H. Däcke, 2. Schriftführer Herm. Kronenberg. Als Beisitzer wurden Anton Peters und Kock gewählt. Ferner wurde bekannt gemacht, daß an jedem ersten Sonntag im Monat Versammlung ist. Ebenfalls findet an jedem Mittwoch von 6 bis 7 Uhr beim Kamerad Arntzen eine Sprechstunde statt. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Empel.

Den Posträubern auf der Spur.

Die Gebrüder H. und der Metzger T. wurden unter dem dringenden Verdacht, am 4. Dezember den Postwagen Empel — Rees beraubt zu haben, verhaftet. Die Beschuldigten hatten sich durch große, über ihre Verhältnisse gehende Geldausgaben verdächtig gemacht. Sie bestreiten die Tat. In dem eingehenden Verhör sollen sie angegeben haben, das Geld durch Schmuggel erworben zu haben. Nach diesem eingehenden Verhör am Samstag durch den Amtsrichter wurden sie gestern morgen dem Untersuchungsgefängnis in Hamborn zugeführt.

Turnen / Sport / Spiel

Emmerich 09 — Sportklub 1926 6:0.

Wenn auch die Bocholter auf allerlei gefaßt waren, als sie den schweren Gang nach Emmerich antraten, so hatte doch wohl niemand erwartet, daß dieser Meisterschaftskampf so ausgehen würde. Die Bocholter kamen zwar zunächst mehrmals gut vor, aber schon bald bringen die Emmericher das Bocholter Tor wiederholt in Gefahr. Durch einen Prachtschuß erzielt der Emmericher Halblinke das erste Tor für seine Farben. Dadurch geraten die Bocholter in Verwirrung und können mit weiteren Angriffen nichts erreichen. Schon bald sendet der Halblinke der Emmericher das zweite Mal ein. Noch einmal hat Bocholt eine Chance, die jedoch nicht ausgewertet wird. Obendrein schießt Tepper einen Strafstoß gegen den Balken. Bis zum Ende der ersten Halbzeit erzielt Emmerich noch einen dritten Treffer. Nach der Pause geht es ähnlich wie in der ersten Halbzeit. Außer einigen belanglosen Ecken haben die Bocholter nichts zu bestellen, dafür aber senden die Emmericher zum vierten, fünfent und kurz vor Toresschluß sogar zum sechsten Treffer ein. Noch nicht einmal das Ehrentor sollte fallen. Der Schiedsrichter leitete einwandfrei.

Turnverein Phönix.

Zum ersten Male stellten sich die Spielvereinler aus Wesel mit ihrer Reserve auf dem Phönixplatz unserer ersten Elf zum Kampfe. Im Lager der Turner hatte man sich von diesem Spiel viel versprochen, aber wohl keiner hätte an einen Sieg der Hiesigen gedacht. Gleich von Anfang an entwickelt sich ein schönes Spiel, bei dem der Gast zunächst im Vorteil ist. Bald hat sich auch Phönix gefunden, und von da ab sieht man ein schönes verteiltes Spiel, bei dem beide Partner ihr Möglichstes hergaben um zu siegen. Zunächst gehen die Hiesigen in Führung, dem Wesel bald den Ausgleich folgen läßt. Bei der Pause führt Phönix mit 2:1. Nach dem Wechsel erkämpft sich der Gast wiederum den Ausgleich, um kurz danach in Führung zu gehen. Nach einer schönen Kombination des Hiesigen Innensturmes wird durch ein prachtvolles Tor der Gleichstand erzielt. Phönix drängt im Endspurt und unter dem Jubel der zahlreichen Zuschauer erringt man durch unhaltbaren Schuß den Siegtreffer. Bei Phönix tat jeder Spieler sein Möglichstes, während bei den Gästen der Torwart, rechter Verteidiger, Mittelläufer und Linksinnen überragten.

Auch die zweite Elf lieferte der 2. Mannschaft von Olympia auf deren Platze ein gutes Spiel. Zwar langte es nicht zum Siege, aber mit dem Unentschieden von 1:1 trennten sich zwei gleichwertige Gegner. — Die 2. Jugend versuchte sich auf Sportklubs Platz. Sie konnte sich aber dem besseren Gegner gegenüber nicht durchsetzen und verlor hoch mit 9:1.

„Sechstage-Nacht" in Münster.

Alle Sportler, die das Sechsstunden-Rennen in Münster, in dem auch unser junger Berufsfahrer Nolte startet, besuchen wollen, müssen sich bis spätestens Mittwochabend 8 Uhr bei Praest (Urbachstr. 76) melden. Der Fahrpreis beträgt 1,70 Mark, der Eintritt 1,30 Mark. Der Eintrittspreis muß bei der Anmeldung entrichtet werden, dagegen kann der Fahrpreis am Samstag bei der Abfahrt gezahlt werden.

Verantwortlich für den Inhalt: Für Politik Chefredakteur Dr. Maser; für Feuilleton Josef Hom, für Westdeutschland Fr. Schumacher; für Handel und Sport Dr. iur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Bernhard Kuplis, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Häfner, Berlin-Lichterfelde. Verlag: J. & W. Tenning, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Heinr. Schmitt, Bocholt; für den örtlichen Anzeigenteil Heinz Häser, Bocholt. Druck: „Zeno" G. m. b. H. Münster i. W.

Weideverpachtung!

Die unmittelbar am Bahnhof Isselburg-Anholt gelegenen Weiden zur Größe von 18 Morgen (früherer Pächter: Herr Karl Bennerscheidt) sind ab sofort auf längere Jahre zu verpachten. Angebote nimmt bis zum 20. d. Mts. entgegen die (180b

Fürstlich Salm-Salm'sche Rentei Anholt.

6000 Mark

als 1. Hypothek auf ein Geschäftshaus (Generalvermögenssteuerwert 21900 Mk. Einheitsw. 14000 Mk) nur vom Selbstgeber auf sofort gesucht.

Offerten erbeten unt. Nr. 211 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Lagerraum

der auch als Garage benutzt werden kann in Bocholt gesucht. Nähe Bahnhof bevorz. Gleichzeitig wird ein möbl.

Zimmer

gesucht. (38b

Offerten erbeten unt. Nr. A38 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gutes, gebrauchtes

Klavier

zu kaufen gesucht.

Angebote erbeten unt. Nr. 205 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Raum

in jeder Größe mit und ohne Licht, Kraft und Heizung zu vermieten. (b

Anfragen erbeten unt. Nr. 200 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zwei prima deckfäh. rotbunte

Stiere

von eingetragenen Eltern mit Milchnachweis hat zu verkaufen (195b

Ww. B. Ehringfeld Anholt Schüttenhof

Die (207b

Oberwohnung

Nordstraße 59a, (abgeschl. Etage) 1 Küche, 3 Zimmer u. 2 Mansarden ist z. 1. März od. April zu vermiet.

A. König, Kaiser-Friedrich Str. 12

Eine

Werkstatt

m. elektr. Licht, Größe 7X4 Mtr., zu vermieten. (46b

Werderstr 32.

Wohnung

3 Zimmer, Küche, Mansardenzimmer nebst Zubehör, in schöner ruhiger Lage, zu vermieten. (48b

Wo? ist zu erfr. in d. Geschäftsst. d. Bl

Arbeitswagen oder Karre

für Pony, evtl. mit Geschirr, zu kaufen gesucht. (e

Offerten unter Nr. 88 an die Gesch. ds. Bl.

Bessere (210b

5 Zimmerwohnung

per bald zu verm. Offerten erbeten unt. Nr. 210 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Abgeschlossene 4 Zimmer (49b

Etagenwohnung

(Neubau) nebst Zubehör Preis 55 Mk. zu vermieten.

Offerten erbeten unter Nr. 49 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bekanntmachung

Neufestsetzung der Ortslöhne und Werte der Sachbezüge für den Bezirk des Versicherungsamtes der Stadt Bocholt.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ist festgesetzt:

A. **Ortslöhne:**

für männliche Personen unter 16 Jahren	1,20 RM.,
für männliche Personen von 16 bis 21 Jahren	2,70 RM.,
für männliche Personen über 21 Jahre	3,90 RM.,
für weibliche Personen unter 16 Jahren	0,90 RM.,
für weibliche Personen von 16 bis 21 Jahren	1,65 RM.,
für weibliche Personen über 21 Jahre	2,85 RM.

B. **Werte der Sachbezüge:**

— täglich für Kost und Wohnung —

für Angestellte männlich 1,80 RM., weiblich 1,60 RM.,
für gewerbliche Arbeiter, Gehilfen, Gesellen männlich 1,50 RM., weiblich 1,30 RM.,
für landwirtschaftl. Arbeiter, Hausgehilfen (auch Halbtags- und Stundenmädchen), Lehrlinge männlich 1,30 RM., weiblich 1,10 RM.

Bocholt, den 8. Januar 1932.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes.

LIEDERN-WERTH RHEDE-DINGDEN

Anordnung über die Anmeldung von Schußwaffen und Munition.

Auf Grund des § 1 Abs. I Kapitel I des Achten Teils (Schutz des inneren Friedens) der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 (R. G. Bl. I S. 699 ff.), der Verordnung des Reichsministers des Innern zur Durchführung der Maßnahmen gegen den Waffenmißbrauch vom 10. Dezember 1931 (R. G. Bl. I S. 750) und der Verordnung des Preuß. Ministers des Innern vom 10. Dezember 1931 (G. S. S. 257) zur Durchführung des Achten Teiles der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten pp. ordne ich hiermit für den Umfang des Regierungsbezirks Münster folgendes an:

Artikel I.

Der Besitz von Schußwaffen und Munition, die den Vorschriften des Gesetzes über Schußwaffen und Munition vom 12. April 1928 (R. G. Bl. I S. 143) unterliegen, ist unverzüglich, spätestens bis 20. Januar 1932, der Ortspolizeibehörde mündlich oder schriftlich anzumelden. Bei der Anmeldung von Schußwaffen ist die Fabrikmarke, die Fabriknummer und das Kaliber, bei der Anmeldung von Munition die Stückzahl und das Kaliber anzugeben. Anmeldepflichtig ist der Eigentümer oder der Besitzer von Schußwaffen oder Munition. Besitzer ist, wer die Verfügungsgewalt hat.

Artikel II.

Der Anmeldepflicht unterliegen auch die Schußwaffen und Munition, für die ein Waffenschein, Waffen- oder Munitions-Erwerbsschein, eine Waffen- oder Munitions-Lagergenehmigung (§ 23 des Schußwaffengesetzes) oder ein Jagdschein ausgestellt ist.

Artikel III.

Von der Anmeldepflicht sind befreit:

1. Die Gewerbetreibenden, denen die Genehmigung zur Herstellung von Schußwaffen und Munition oder zum Handel mit Schußwaffen und Munition gem. §§ 2 und 5 des Schußwaffengesetzes vom 12. April 1928 erteilt ist.
2. Die Behörden des Reichs oder der Länder, Gemeindebehörden, denen die oberste Landesbehörde den Erwerb von Schußwaffen ohne Erwerbsschein gestattet hat, sowie die Deutsche Reichsbahngesellschaft.
3. a) Die Angehörigen der Deutschen Wehrmacht, die Polizeibeamten der Länder sowie die Grenzaufsichts- und Zollfahndungsbeamten der Reichsfinanzverwaltung,
   b) Beamte oder Angestellte, denen von der zuständigen Reichs- oder Landesbehörde das Recht zum Führen von Waffen verliehen ist oder auf Grund gesetzlicher Vorschriften zusteht, — hinsichtlich der Waffen und Munition, die ihnen dienstlich geliefert sind oder die sie in Ausübung ihrer Tätigkeit zu führen berechtigt sind.

Artikel IV.

Ortspolizeibehörde ist die Polizeibehörde (Polizeiamt, Polizeirevier) des Wohnortes.

Artikel V.

Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden nach § 1 Absatz 3 a. a. O. mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, fahrlässige mit Geldstrafe geahndet. Neben der Strafe können die Gegenstände eingezogen werden.

Artikel VI.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Münster, den 2. Januar 1932.

Der Regierungspräsident
J. V.: gez. Dr. Hettlage.

Anmeldungen werden im Amtshause Hohenstaufenstraße — Zimmer 2 — entgegengenommen. (206

Bocholt, den 11. Januar 1932.

Der Bürgermeister des Amtes Liedern-Werth als Ortspolizeibehörde.

Anmeldungen werden im Amtshause zu Rhede — Zimmer 4 — entgegengenommen.

Rhede, den 11. Janur 1932.

Der Bürgermeister des Amtes Rhede als Ortspolizeibehörde.

Anmeldungen werden während der Dienststunden im Amtshause zu Dingden entgegengenommen.

Dingden, den 11. Januar 1932.

Der Bürgermeister des Amtes Dingden als Ortspolizeibehörde.

BORKEN

Oeffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital für 1931.

I. Eine Steuererklärung ist abzugeben für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen

1. die **seit dem 1. April 1931** in Gemeinden, die nicht die Bemessung der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme beschlossen haben, oder in Gutsbezirken Betriebsstätten unterhalten haben, falls das Gewerbekapital am 1. 1. 1931 oder an dem in das Kalenderjahr 1930 fallenden letzten Abschlußtag — bei Neugründungen nach dem 1. 1. 1931, am Tage der Gründung — den Betrag von 3000 RM. überstiegen hat;
2. für die vom Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebs abzugeben.

II. Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks Muster Gew. 37 sowie Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen preußischen Gemeinden einschließlich Muster Gew. 38 **in der Zeit vom 18. bis zum 30. Januar 1932** bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt der Ort der Leitung außerhalb Preußens, so ist der Wohnsitz des bestellten Vertreters, hilfsweise die preußische Betriebsstätte, maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist. (196

Vordrucke für die Steuererklärung können vom 15. Januar ab von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses bezogen werden. Auch werden Vordrucke vom 15. Januar ab bei den einzelnen Aemtern des Kreises während der Dienststunden abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages auferlegt werden.

IV. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird bestraft. Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Borken, den 8. Januar 1932.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Veranlagungsbezirk Borken-Land.

RHEDE

Bekanntmachung

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die im **Monat Januar 1932** fälligen Steuern, wie **Grundvermögensteuer** und **Hauszinssteuer bis zum 15. Januar ds. Js.** zu entrichten sind. (198

Rhede, den 8. Januar 1932.

Die Gemeindehebestelle:
Kammann.

Mustertasche

mit Briefsachen

verloren

Bismarckstr.-Münsterstr. nach Rhede zu. Finder erhält Belohnung. (179b

Abzugeben in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Schuhe! Schuhe!

Restpaare
unerhört billig
gute Qualitäten.

Meine Fenster müssen Sie besichtigen.

Schuhaus Böcker,
Gasthausplatz. (197b

Die dem Herrn **Herm. Hovestädt in Bocholt i. Westf.** gehörende (204b

Geflügelfarm

ist wegen vorgerückten Alters unter günstigen Bedingungen von mir **zu kaufen.** Dieselbe ist mehrere Morgen groß, hat eine Brutanlage von über 6000 Eiern u. ca. 400 jungen Hühnern größtenteils legend

Theodor Hidding, Bocholt i. Westf.

Mint Automaten

Nummer über 200 000 mit neuester Bremsvorrichtnng preiswert zu verkaufen. Angebote an

W. Müller, Gelsenkirchen,
Sellhorststr. 1. 40g

Bongs Spinnerei & Weberei A.-G. in Liquidation M. Gladbach.

Unser

Maschinenpark,

sowie unsere in den Stadtteilen Odenkirchen und Neuwerk gelegenen gesamten

Anlagen,

(Gelände, Fabriken, Direktorwohnhaus, Arbeiterhäuser.) stehen nunmehr **zum Verkauf.** Anlagen werden auch verpachtet. (41b

Angebote zu Diensten, Besichtigungen jederzeit.

Büro- u. Lagerräume

in der Kaiser Wilhelm-Straße zu vermieten. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl. (208b

Billiges Geld!

Baugelder und Hypotheken. Darlehen für Aussteuern und sonstige Anschaffungen, wie Möbeln, Masch. etc. Darlehen auf vorhandene Mobilien etc.

Pers. Anfr. **Bocholt,** Nordwall 32. Fernr. 2415
Schriftl. Anfragen: **Bocholt,** Postfach 91.
Sprechzeit: So., Mo., u. Sa. von 10—1 Uhr.

ÖFFENTL. VERSAMMLUNG

für **Bocholt,** den 13. Januar, abends 8 Uhr im **„Bürgerkeg"**, Langenbergstr.

Thema: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bausparkassenbewegung in Deutschland.

Referent: B. Frericks, Essen.

Wir machen auf die gleichzeitig stattfindende Werbeschau besonders aufmerksam. 937g

ZWECKSPARVERBAND FÜR EIGENHEIME E. V.
AACHEN · HINDENBURGSTRASSE 92

Generalagentur: Industriegebiet, Essen, Kortumstr. 61a, Tel. 45654

Lebertran

für schwächliche Personen, zurückgebliebene Kinder, engl. Krankheit, blasses Aussehen, Magerkeit nur den echten

Dorsch-Lebertran

aus der (201b

Drogerie
Feldmann,
Tel. 2241. Neustr. 13.

Ich bin noch da!

und bleibe **heute (Dienstag) bis einschl. Donnerstag**

Der zwerchfellerschütternde

Felix Bressart

als Musketier und Husar Kulicke.

So wie diesmal haben Sie noch nie gelacht, wenn Sie mich **ab Freitag im**

Capitol-Theater Bocholt

in den unglaublichsten, urkomischsten Situationen in der besten aller Militär-Ton- und Sprechfilme sehen:

Der Schrecken der Garnison

Der Film hemmungsloser Lachsalven!

Wer sich herzlich auslachen, sich nicht um eine der heitersten Stunden seines Lebens betrügen will, der muß „Der Schrecken der Garnison" im Capitol gesehen haben.

Außerdem

der spannende Kriminalfilm:
Ratten der Großstadt
mit Oskar Marion, Mary Kid, Fritz Kampers u. a. m.

Ferner:
Lustspiel und **Lehrfilm** 108

Geöffnet: Wochentags von 5 Uhr und Sonntags von 2 Uhr an.
Fahrräder und Motorräder werden aufbewahrt.

Die gesamte **Damenkonfektion** jetzt zum Teil zum **halben** Preis und noch **darunter!**

Die gewaltigste und billigste Einkaufsmöglichkeit!!!

VERKAUF

Derartig niedrige Preise gab es selbst in der Vorkriegszeit nicht!

Wischtücher rot kariert	6₰	Oberhemden in allen Größen	1.95	Ein Posten Spitzenreste bis 5 m . . 40, 20,	10₰
Kissenbezüge mit Bogen	50₰	Selbstbinder gute Qualitäten . 45,	25₰	Ein Posten bunte Borden u. Spitzen jetzt . . . . m 20,	15₰
Paradekissen 3facher Hohlsaum	1.75	Cachenez weiß und farbig . 95,	45₰	Sealkaninkragen Stück	3.95
Tischtücher Halbleinen-Damast	2.40	Hosenträger guter Gummizug . 75,	45₰	Waschsamt großes Sortiment . m	78₰
Servietten gute Drellware	25₰	D.-Futterhandsch. Paar	85₰	Popeline 100 breit . . . . m	1.50
Gerstkorn mit rotem Rand	25₰	Kinderfäustel reine Wolle . . Paar	45₰	Welliné für Morgenröcke . m	75₰
Damasthandtuch Halbleinen	75₰	D.-Baskenmützen Stück	75₰	Seidengeorgette gemustert . . . . m	3.90

Biber- u. Nesselreste
pfundweise per Pfd. nur 1.00
Z. B. kostet 1 m guter
Hemdennessel
(kein Polsternessel) 86 breit, per m ca. 20₰

Wir räumen
einen großen Posten leicht angestaubter
Berufskleidung.

Aerztemäntel	bisher 7.50, . .	jetzt	4.00
Friseurmäntel	bisher 8.50,	jetzt 5.00	4.00
	Lehrlingsgrößen	jetzt	3.00
Kellnerjacken	bisher 5.00 . .	jetzt	3.00
	Lehrlingsgrößen	jetzt	1.50
Bäckerjacken	bisher 5.40 . .	jetzt	3.00
	Lehrlingsgrößen	jetzt	2.50
Metzgerjacken	bisher 7.50 . .	jetzt	4.00
Malerjack./Hosen	bisher 2.35 . .	jetzt	1.50
Eisenbahnerjopp.	bisher 3.95 . .	jetzt	2.00
Lagermäntel	bisher 5.90 . .	jetzt	3.00

S. B. LÖWENSTEIN